

Überregionaler Pressespiegel 15.02.2012

Freie Presse | 15.02.2012

Wieder Massenprotest gegen Rechtsextremismus in Dresden

SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel spricht auf einer Großkundgebung auf dem Schlossplatz Dresden (dapd-lsc). Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wird in Dresden ein Massenprotest gegen Rechtsextremismus organisiert. Am Samstag (18. Februar, 13.00 Uhr) wird auf einer Großkundgebung auf dem Schlossplatz der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel (SPD) sprechen, der bis 2008 im Kuratorium zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Dresdner Frauenkirche saß, wie die Stadt Dresden am Mittwoch mitteilte. Zu Wort kommen sollen außerdem Überlebende der Bombenangriffe auf Dresden und Wielun (Polen) im Zweiten Weltkrieg.

Im Anschluss ist ab etwa 14.30 Uhr ein Demonstrationzug rund um die Dresdner Altstadt bis zur Synagoge geplant. Dort soll es eine Abschlusskundgebung geben. Zu den Veranstaltungen lädt die AG 13. Februar ein. Das parteiübergreifende Gremium hat Aktionen für den 13. und 18. Februar vorbereitet, mit denen Dresden an seine Zerstörung im Jahr 1945 erinnert und sich zugleich gegen die Vereinnahmung des Datums durch Rechtsextreme wehrt. Am Montag hatten bereits Tausende Dresdner gegen Neonazis protestiert. dapd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Wieder-Massenprotest-gegen-Rechtsextremismus-in-Dresden-artikel7906020.php>

Junge Welt | 15.02.2012 | Markus Bernhardt

Auftakt in Dresden

Tausende protestierten gegen Neonazidemonstration in Elbmetropole. Polizei leitet Ermittlungsverfahren gegen VVN-Bundesvorsitzenden Fink ein

Am Montag abend haben mehrere tausend Menschen in Dresden gegen einen Aufmarsch von rund 1 800 Neofaschisten demonstriert, die die Bombardierung der Stadt durch alliierte Streitkräfte vor 67 Jahren mißbrauchen wollten, um ihre Propaganda von einem »Bombenholocaust« gegen die Zivilbevölkerung zu erneuern. Antifaschistische Blockierer erreichten, daß der Neonaziaufmarsch erheblich abgekürzt werden mußte.

Bereits in den Mittagsstunden hatten mehr als 2700 Antifaschisten an einem vom Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!« organisierten Mahn- und Gedenkang teilgenommen. Der »Spaziergang« führte zu Orten faschistischer Verbrechen oder Häuser der Täter, zum Beispiel zur früheren Villa des Nazigauleiters Martin Mutschmann. In den frühen Abendstunden hatten sich außerdem über 13000 Bürger – darunter Kulturschaffende, Politiker und Kirchenvertreter – zu einer Menschenkette zusammengefunden, um gegen den Fackelmarsch der Neofaschisten zu protestieren. Auch etwa 100 Fußballspieler, Mitarbeiter und Mitglieder der SG Dynamo Dresden beteiligten sich an der Aktion.

Insgesamt bis zu 6000 Antifaschisten nahmen unterdessen an den von »Dresden

nazifrei!« an mehreren Stellen der Innenstadt organisierten Blockaden teil. Die Aufmarschrouten der Rechten mußte daraufhin massiv verkürzt werden. Bereits in den vergangenen zwei Jahren war es gelungen, die Aufmarschversuche der Nazis komplett zu verhindern. Die Polizei, die ebenfalls mit rund 6000 Beamten im Einsatz war, um die Neofaschisten vor Protesten zu schützen, war zuvor an mehreren Stellen mit Pfefferspray und Schlagstöcken gegen potentielle Blockierer vorgegangen, wodurch eine bisher nicht genauer zu beziffernde Anzahl an Personen Verletzungen erlitt.

Empörung rief vor allem eine Polizeiaktion gegen den Bundesvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hervor. So nahmen sächsische Polizisten die Personalien des ehemaligen Rektors der Berliner Humboldt-Universität, Professor Dr. Heinrich Fink, auf und warfen dem 77jährigen vor, sich bei den antifaschistischen Protesten 2011 in Dresden des Landfriedensbruches und Widerstandes schuldig gemacht zu haben. Die Beamten hatten zuvor gefertigte Bilder mit Archivmaterial aus den vergangenen Jahren abgeglichen und behaupteten nunmehr, den Antifaschisten wiedererkannt zu haben. Dies, obwohl Fink im vergangenen Jahr nicht hatte an den Protesten teilnehmen können und gar nicht in Dresden war.

André Hahn, sächsischer Linksfraktionschef, der bei der Kontrolle Finks zugegen war, kündigte am Dienstag im Gespräch mit jW an, beim sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) gegen das Vorgehen der Polizei zu protestieren.

Zuspruch erhielten die Blockaden indes von verschiedenen Politikern von Linkspartei, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. »Ich war beeindruckt, vor allem von den vielen jungen Menschen, die gegen die Nazis erfolgreich demonstriert haben. Die Nazis hatten gegen diese bunte Übermacht keine Chance«, berichtete etwa Linken-Vorsitzende Gesine Löttsch am Dienstag gegenüber junge Welt. Nach diesem »Aufstand der Anständigen« sei es an der Zeit, daß die Zuständigen ihre Arbeit machen. »Die verfassungsfeindliche NPD muß endlich verboten werden«, so Löttsch.

Bei den Neonazis selbst kam es indes zu ersten Grabenkämpfen und Zerwürfnissen. Zwar bemühte sich die sächsische NPD-Fraktion in einer Erklärung, den Aufmarsch »trotz versuchter linker Blockaden und einer verkürzten Wegstrecke als Erfolg« zu verkaufen. In verschiedenen neofaschistischen Internetforen liest sich dies jedoch gänzlich anders. Dort wird der Aufmarsch als »Enttäuschung und eine Schande« bezeichnet. Die »Marschrouten« sei »ein schlechter Witz« gewesen. »Wir machen uns zum Gespött, wenn wir dies als einen Erfolg werten und alle, die anwesend waren, werden dies auch einsehen müssen«, konstatierte etwa ein Neofaschist in einem der rechten Diskussionsforen.

Das Bündnis »Dresden nazifrei!« hält unterdessen an der Mobilisierung zu antifaschistischen Protesten am Samstag in Dresden fest. Zwar sei momentan kein Aufmarsch von Neonazis mehr angemeldet, dies könne sich jedoch jederzeit ändern.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-15/005.php>

Kramer lobt Blockaden als Grundrecht

Dresden wappnet sich erneut

Dresden (nd-Lasch). Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat friedliche Straßenblockaden gegen Naziaufmärsche wie am Montag in Dresden verteidigt. Im nd-Interview sagte er: »Unser Verfassungsgericht hat friedliche Blockaden unter den Schutz des Grundgesetzes gestellt. In Sachsen ist man zu sehr damit beschäftigt, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren, anstatt den Nazis das Leben schwer zu machen.« Kramer hatte selbst an den Protestaktionen teilgenommen.

Die Ereignisse am Montag wurden indes weitgehend als Erfolg gewertet. Es sei gelungen, das Motto »Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe« mit Leben zu füllen, erklärte der amtierende Bürgermeister Dirk Hilbert. Lob von vielen Seiten gab es für den deeskalierenden Einsatz der Polizei. Sachsens Linksfraktionschef André Hahn übte aber Kritik an der Versammlungsbehörde. Das Demonstrationsrecht umfasse nicht »das Recht auf einen Fackelmarsch«. »Hier werden Bilder produziert, die in Deutschland seit 1945 nichts mehr zu suchen haben«, so Hahn.

Dresden bereitet sich derweil bereits auf die nächsten Aktionen vor. Das Bündnis »Dresden nazifrei« will am Samstag gegen »sächsische Verhältnisse« protestieren. Gemeint sind die Grundrechtsverletzungen durch die Funkzellenabfrage im Februar 2011 und die anhaltende Verfolgung von Blockadeteilnehmern. Zu der Demo werden etwa 9000 Menschen erwartet. Sie beginnt um 11 Uhr am Hauptbahnhof und führt zum Haus der Begegnung, das die Polizei 2011 gestürmt hatte. Stefan Thiele, Sprecher des Bündnisses, mahnte gestern zugleich, den »Druck« auf die Naziszene »aufrecht zu erhalten«. Es gebe Hinweise, dass die rechte Szene zu »symbolträchtigen Aktionen« mobilisiert. Um 13 Uhr soll eine Kundgebung auf dem Schlossplatz beginnen, die von der »Arbeitsgemeinschaft 13. Februar« vorbereitet wurde - in Sichtweite des Ortes, an dem die inzwischen abgesagte Nazidemo stattfinden sollte.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218580.kramer-lobt-blockaden-als-grundrecht.html>

Neues Deutschland | 15.02.2012 | Hendrik Lasch, Sarah Liebigt, Jörg Meyer & Markus Drescher

Einmal um den Block

Blockierer, Menschenkette, Protest in Sicht- und Hörweite - Dresden macht den Nazis das Marschieren schwer

Dass der 13. Februar 2012 in Dresden ein guter Tag ist, zeigt sich spätestens, als sich die Nazis abends ab halb neun faktisch selbst zu blockieren beginnen. Nur 600 Meter haben die etwa 2000 teils von weither angereisten Rechtsextremen da zurückgelegt - und damit doch bereits die Hälfte der Marschstrecke, die ihnen an diesem Tag zugebilligt wird.

Auf direktem Wege ist der von einem massiven Polizeikordon gesäumte Zug von seinem Sammelplatz nahe des Hauptbahnhofs zum Sternplatz geleitet worden, wo er von den

»Nazis raus!«-Rufen Tausender Bürger empfangen wird, die über einen Wall aus Polizeifahrzeugen herüberhallen. Von dort soll es um zwei weitere Straßenecken nur noch zum Ausgangspunkt zurückgehen. Als dem hinteren Teil des »Trauermarschs« schwant, dass der Aufmarsch nicht mehr sein wird als einmal um den Block zu laufen, verfallen die etwa 300 - eher aktionsorientierten - Autonomen Nationalisten am Ende des Aufzugs in einen »Stehstreik«.

Versuche des herbeigeeilten Versammlungsleiters, die »Kameraden« wieder in Bewegung Richtung Abschlusskundgebung zu setzen, scheitern. Stattdessen muss er sich wüste Beschimpfungen anhören. Es sei »der gleiche Mist wie jedes Jahr«, flucht ein Nazi; ein anderer zischt im Davonlaufen, es handele sich um »ein Trauerschauspiel«; auch ein »Macht euren Scheiß alleine« wird durch die Nacht gebrüllt. »Du musst ja nicht herkommen«, hält ein Ordner dagegen. Die Moral der Nazis, die seit 2010 immer neue Dämpfer versetzt bekommen hat - an diesem 13. Februar ist sie wohl endgültig in den Keller gegangen.

Dresden hat dazugelernt

Dafür hauptverantwortlich ist das überregionale Bündnis »Dresden nazifrei!«, das es in den vergangenen drei Jahren schaffte, die zweigeteilten Aktionen der Nazis ganz zu blockieren oder massiv zu stören: die reinen »Trauermärsche« am 13. Februar und die am darauffolgenden Wochenende stattfindenden Aufmärsche, die sich mit 7000 bis 8000 Teilnehmern zu den größten Europas entwickelt hatten. Dresden am 13. Februar - das war viele Jahre lang ein äußerst schwieriges Kapitel. Die Stadt erinnert sich an diesem Tag ihrer großflächigen Zerstörung im Jahr 1945 und tausender Toter. Lange Zeit geschah dies in stiller Trauer und dem Bewusstsein, unverschuldet zum Opfer des Krieges geworden zu sein. Diese Haltung machte es den Nazis leicht, das Datum zu besetzen. Sie überhöhten die Opferzahlen in grotesker Weise und setzten die alliierten Luftangriffe mit der industriellen Vernichtung der Juden im NS-System gleich; von »Bombenholocaust« war die Rede. Die Stadt wehrte sich zunächst kaum; 2009 konnten 6500 Nazis quasi ungestört demonstrieren. Dann wurde »Dresden nazifrei!« gegründet.

Seither hat man in Dresden gelernt. Das zeigt sich diesmal schon beim traditionellen Gedenken auf dem Heidefriedhof, wo viele der Toten des 13. Februar begraben sind. Bisher wurden dort Kränze niedergelegt - in einem Zeremoniell, das es seit dem Einzug der NPD in den Landtag im Jahr 2009 auch ihr erlaubte, sich einzureihen. Vertreter der jüdischen Gemeinde waren der Veranstaltung deswegen zwischenzeitlich ferngeblieben. In diesem Jahr wird der Ablauf verändert; statt Kränzen werden weiße Rosen niedergelegt - nicht nur an der Steinmauer, auf der an die Dresdner Toten erinnert wird, sondern auch an den Stelen für die Opfer verschiedener Konzentrationslager. Die Folge: Die NPD bleibt der offiziellen Ehrung fern. Sie legt unbeachtet einen Kranz ab, der umgehend entfernt wird. Die Braunen wurden, kommentiert ein SPD-Mann später, »erfolgreich vertrieben«. Sie auch von der Straße zu vertreiben, hatte sich erneut »Dresden nazifrei!« vorgenommen.

»Wir. Wolln. Weiter! Wir. Wolln. Weiter!«, tönt es aus dem vorderen Teil des Pulks von rund 350 Menschen, die quer über die Kreuzung verteilt sind. Die Masse drückte nach vorn, beult die Polizeikette aus, ein weiterer Trupp Polizeibeamter rennt hin. »Redet mit denen!«, ruft ein Beamter seinen Kollegen hinterher. »Mit denen«, das sind die Blockierer des Bündnisses, die die gesamte Kreuzung Freiburger- und Ammonstraße einnehmen wollen, von der angenommen wird, dass sie auf der Nazi-Route liegt. Kurz nach vier steht die Blockade, wenige Minuten später kreist der erste Polizeihubschrauber über dem Platz - noch bevor die Sambagruppe anfängt zu spielen. Sabine Leidig, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, meldet die Versammlung auf der Kreuzung an

und ist froh, dass im Vergleich zum vergangenen Jahr alles relativ glimpflich über die Bühne geht: »Der politische Druck ist so hoch, dass eine Eskalation von Seiten der Polizei wie noch 2011 nicht mehr möglich ist.« Es sei ein Erfolg, dass die politische Situation sich derart verändert hat.

Picknickinseln im Schneematsch

»Wir sind auf der Wilsdruffer Straße einfach mit unserer Gruppe aus dem Täterspurenweg abgelenkt und losgelaufen. Die Polizei war völlig überrascht, und bis die genug Kräfte zusammengezogen hatten, waren wir schon am Blockadepunkt«, erzählt ein Blockierer. »Es war viel einfacher als im letzten Jahr«, ergänzt ein anderer. 2011 hatte die Polizei Versuche, ihre Ketten zu »durchfließen« noch massiv mit Pfefferspray, Faust- und Knüppelhieben beantwortet. Ruppig wird es diesmal erst, als es darum geht, die gesamte Kreuzung dicht zu machen. Als die Blockierer zu Schiebern und Drückern werden und von einem eifrigen Beamten nicht angesprochen, sondern mit Pfefferspray besprüht werden. Seine Kollegen ergänzen durch Tritte in die Schienbeine und an die Knie. Kurz darauf ist die Kreuzung doch dicht. Komplett dicht.

Bis zuletzt bleibt die genaue Route der Nazis unklar, doch das Gebiet, das in Frage kommt, ist leicht einzugrenzen, weil hermetisch abgeriegelt. Absperrungen mit Wasserwerfern, Gittern, Bussen, dichten Polizeiketten ziehen einen Ring durch die Wilsdruffer Vorstadt. Gehwege, Parkplätze, jeder verfügbare Platz, so scheint es, ist mit grün-weißen und blau-silbernen Polizeifahrzeugen vollgestellt. Dazwischen immer wieder die Reiterstaffel, die mit trappelnden Hufen Streife reitet.

In den nächsten Stunden wächst die Zahl der Blockierer auf der Kreuzung auf etwa 2000 an. Auf goldenen Schutzdecken werden die pinkfarbenen Sitzkissen mit dem »Nazifrei!«-Logo ausgelegt, dazwischen Thermoskannen, Zigaretten, Äpfel, Müsliriegel. Ein paar solcher Picknickinseln entstehen im Schneematsch und wirken, als es dunkel wird, im Flutlichtscheinwerferlicht der Polizei ein wenig surreal. Die Blockadierer sind mit sich beschäftigt, man redet, tanzt zur Musik aus dem Lautsprecherwagen, lacht, die Leute werden mit heißem Tee und Suppe versorgt. Die Polizeiketten, die Wasserwerfer, die zahllosen Polizeibusse scheinen nichts weiter als Kulisse. Die Beamten stehen sich die Beine in den Bauch, gucken abwesend in Richtung Blockade, zerpicken schillernde Seifenblasen, die ab und zu von der Blockade herübertrudeln.

Drei Opfer der NS-Ideologie

Ein symbolisches Zeichen setzt gegen Abend die Menschenkette, zu der zum dritten Mal die Stadt aufgerufen hat und in die sich diesmal 13 000 Menschen einreihen. Auf 3,6 Kilometern Länge, so teilt das Rathaus später mit, erstreckt sich die dichte Reihe, an Zwinger und Semperoper, Synagoge und Frauenkirche vorbei sowie über zwei Brücken. CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich, mehrere Minister und die Fraktionschefs der fünf demokratischen Fraktionen reihen sich ein, aber auch die Bundestagsvizepräsidenten Petra Pau (LINKE) und Wolfgang Thierse (SPD) sowie der Vorstand der Grünen. Anderswo stehen »Schüler gegen Nazis« und die Mitglieder des Staatsschauspiels.

Das Anliegen der Menschenkette fasst der amtierende Bürgermeister Dirk Hilbert in klare und berührende Worte. Er erinnert an drei Dresdner Kinder: an Max Goldschmidt, der wegen seiner jüdischen Herkunft als 14-Jähriger im KZ starb, an Gerda Baumann, die im gleichen Alter den Bomben auf Dresden zum Opfer fiel - und an das ungeborene Kind der Ägypterin Marwa El-Sherbini, die 2010 von einem Rassisten in einem Dresdner Gerichtssaal erstochen wurde. Alle drei seien einer NS-Ideologie zum Opfer gefallen, die »heute wie vor 70 Jahren« Hass und Gewalt säe. Das Gedenken an die Dresdner Toten, fügt Hilbert hinzu, dürfe man »nicht losgelöst davon betrachten«. Klarer Protest sei wichtig

- solange er »friedlich und verfassungskonform« bleibe.

Mit diesem Ziel ziehen tausende Teilnehmer der Menschenkette anschließend in Richtung der Marschroute der Nazis. Sie wollen »in Sicht- und Hörweite« ihren Protest ausdrücken, wie es DGB-Landeschefin Iris Kloppich formuliert. Die Polizei, die diesmal besser vorbereitet, aber deutlich um Deeskalation bemüht wirkt, lässt den Zug bis zum Sternplatz passieren - wo das Pfeifen und laute Rufen anschwillt, als die Nazis schließlich vorbeigeführt werden. Kurz darauf beginnt ihr Streit.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218577.einmal-um-den-block.html>

OTZ | 15.02.2012 | Frank Döbert

Umdenken in Dresden spürbar

"Wir sind noch nicht am Ziel angelangt. Es marschieren immer noch Nazis durch Dresden. Es sind zwar weniger geworden als noch vor zwei Jahren, aber immer noch zu viele. Dresden Nazifrei bleibt deshalb eine Aufgabe."

Jena. Dieses Fazit zog gestern Oberbürgermeister Albrecht Schröter nach der Demonstrationen in der Elbestadt am Montag mit mehr als 150 Jenaern und vielfältiger Unterstützung aus dem gesamten Bundesgebiet.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr sei positiv zu vermerken, dass die Polizei zwar hochgerüstet mit Wasserwerfern, berittener Polizei, Hundestaffeln und einigem mehr präsent gewesen sei, der Einsatz nicht zuletzt auch wegen der Besonnenheit auf beiden Seiten bis auf kleinere Auseinandersetzungen maßvoll verlief. "Beängstigend war es dennoch", so der OB, "dass auf dem Sternplatz drei Wasserwerfer stundenlang auf uns ausgerichtet waren." Die Diesellaggregate der Fahrzeuge liefen ununterbrochen, um Strom für die Scheinwerfer zu erzeugen, mit denen der Platz auch wegen der Kameraüberwachung ausgeleuchtet wurde." In Jena und aus anderen Orten wisse man, dass es auch anders geht und dennoch die polizeilichen Sicherheitskonzepte umgesetzt werden können.

Ein Umdenken sei in Dresden nicht nur bei der Polizei, sondern auch in der Politik und bei den Bürgern festzustellen. 2000 Teilnehmer bei einem Mahngang, 3000 bis 4000 auf dem Heidefriedhof und 13 000 bei der symbolischen Menschenkette und einer Blockade, durch die die Marschroute der Neonazis erheblich verkürzt werden musste das sei eine beeindruckende Bilanz des Engagements von Bürgern und eines beispielhaften gewaltfreien Widerstandes. Zwar gebe es bisher noch keine Anmeldung der Neonazis für den 18. Februar, sicher sei aber, dass Jenaer einschließlich des OB am Sonnabend erneut nach Dresden zu einer dort geplanten Großkundgebung fahren werden.

Mit dabei ist dann auch wieder die Junge Gemeinde Stadtmitte, deren Jugendliche ebenfalls unbeschadet aus Dresden zurück kehrten. Ihre wichtigste Aktion war eine Andacht am Heidefriedhof, die Stadtjugendpfarrer Lothar König im schwarzen Talar hielt. Später wurde ihm allerdings der Zugang zum Platz vor der Frauenkirche mittels eines polizeilichen Platzverweises verweigert. "Ein Unding, einen Pfarrer von der Kirche fern zu halten. Auch das ist Dresden", meinte er.

Gestern nun klopfte bei ihm und Katharina König die Bundespolitik an in Gestalt von Hartfrid Wolff. Der Bundestagsabgeordnete der Liberalen ist Mitglied im neu gegründeten

parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur politischen Aufklärung der Verbrechen des Jenaer Neonazi-Trios. In Gesprächen mit den verschiedensten Akteuren in Jena macht er sich über die Neonazi-Situation in Jena kundig. Mit Katharina König werde es sicherlich auf der Arbeitsebene intensivere Kontakte geben, kündigte er an: als Abgeordnete der Linken ist sie wiederum Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages, der sich mit der gleichen Thematik, aber auf Landesebene, beschäftigt. Da sei ein Austausch sinnvoll. "Unser Ziel ist eine transparente Aufklärung des Nationalsozialistischen Untergrundes. Das sind wir nach 13 Jahren, in denen deren Verbrechen nicht verhindert wurden, den Bürgern schuldig. Es darf nicht zu einer Legendenbildung kommen", erklärte Wolff.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Umdenken-in-Dresden-spuerbar-102733916>

TLZ | 15.02.2012 | Gerlinde Sommer

Demo gegen Rechts: Ramelow hofft auf breite Bürgerbeteiligung

Mit Erleichterung haben Polizei, Politik und viele Bürger auf den friedlichen Verlauf der Gedenkveranstaltungen und Proteste gegen Rechtsextreme zum 67. Jahrestag der Bombardierung Dresdens reagiert. Dass es keine Ausschreitungen gab, führt die Dresdner Polizei auf ihre Strategie der Deeskalation zurück. Nach dem friedlichen Verlauf richtet sich nun der Blick auf das Wochenende.

Dresden/Erfurt. Zwar wurde ein rechter Aufmarsch für Samstag wieder abgesagt. Dennoch soll es in der Stadt mehrere Großkundgebungen gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Weltoffenheit geben. Sollte es in den kommenden Tagen doch noch eine Anmeldung für einen Aufmarsch Rechtsextremer gibt, will das Bündnis "Dresden Nazifrei" erneut blockieren. Am Samstag erneut in Dresden Präsenz zeigen wird Bodo Ramelow, Fraktionschef der Linken im Thüringer Landtag, der noch immer mit juristischen Konsequenzen wegen seiner friedlichen Teilnahme an der Demo gegen die Neonazis vor zwei Jahren rechnen muss.

Herr Ramelow, die Bilder vom Neonazi-Aufmarsch in Dresden belegen: Die Thüringer Rechtsextremisten waren stark vertreten, beispielsweise die AG Weimarer Land. Wie haben Sie den Aufmarsch der Neonazis wahrgenommen?

Die Thüringer waren tatsächlich stark vertreten, darunter auch ehemalige NPDler aus Erfurt und Hildburghausen. Der in fast militärischer Form laufende Aufmarsch dieser 17 Marschblöcke - geordnet nach 16 Bundesländern und einem internationalen Block - war quälend anzuschauen.

Viele sagen, so wie es diesmal in Dresden aus zivilgesellschaftlicher Sicht lief, war es ein Erfolg. Wie werten Sie das?

Es war im Kern natürlich ein großer Erfolg, dass 13.000 Dresdnerinnen und Dresdner diese Menschenkette gemacht haben. Wichtig war auch, dass das Konzept für das Gedenken auf dem Heidefriedhof geändert worden war. Es war völlig anders als in den Jahren zuvor, als dort die Nazis versucht haben, sich mit Kränzen in Szene zu setzen. Die Deutungshoheit der Bilder lag diesmal beim demokratischen Bündnis. Gut war auch, dass es gelungen ist, keine Spaltung zuzulassen zwischen denen, die Blockaden als Mittel

ansehen, und denen, die strikt gegen Blockaden als Mittel sind. Der Mahngang war ein großer Erfolg.

Weimar ist mit gutem Beispiel vorangegangen

Das heißt?

Man hat jetzt in Dresden endlich Elemente zugelassen, die wir in Thüringen in Jena erprobt haben und die in Weimar sehr frühzeitig und lange erprobt worden sind. Ich habe immer als positive Erinnerung Weimar vor meinem geistigen Auge: Damals, als die Nazis die Blutstraße entlanglaufen wollten, waren alle Parteivertreter - und das mitten im Oberbürgermeisterwahlkampf - gemeinsam in der ersten Reihe. Alle - von der TLZ bis Radio Lotte - haben fantasievoll zusammengewirkt. Das war der erste große Erfolg, um Nazis zu zeigen: Hier ist nicht der Ort, an dem ihr kommentarlos die Stadt unter euren Stiefel kriegt.

In Dresden war das lange anders...

Ja, leider - und es hat uns alle sehr bittere Erfahrungen sammeln lassen, dass die Dresdner und die sächsische Obrigkeit so lange kein inneres Gefühl dafür entwickelt hatte, wie man eigentlich die unterschiedlichen Spektren im zivilgesellschaftlichen Bereich zusammenbindet, damit klar wird: Wir lassen nicht zu, dass die Nazis das Gedenken okkupieren.

Neonazis nachts mit Fackeln in der Hand. Bilder wie aus dem Jahr 1933. Was muss denn das Ziel für den 13. Februar 2013 sein?

Die Assoziation, die ein solcher Aufmarsch erwecken soll, ist ganz klar - und das sollte jedem Dresdner die Nackenhaare aufstehen lassen.

Wir brauchen für die Zukunft gegen diese Aufmärsche wieder den Ansatz, wie es ihn jetzt gab. Aber wir sollten nicht nur auf das kommende Jahr schauen: Wir haben erst noch den Samstag vor uns. Ich hoffe, dass dieser Samstag ein Tag der gelebten Demokratie in Dresden ist. Noch ist dieser Spuk nicht vorbei. Ich werde, wie hoffentlich ganz viele - darunter Reinhard Schramm von der Jüdischen Landesgemeinde in Thüringen und Aiman Mazyek als Vorsitzender des Zentralrates der Muslime - in Dresden sein. Es wird also ein breites Spektrum der Manifestation demokratischer Gegenwehr geben.

Und was ist mit Blick auf die kommenden Jahre wichtig?

Der jetzt eingeschlagene Weg der Gemeinsamkeit muss weiterentwickelt werden. Mein Traum ist: Irgendwann wird die Zivilgesellschaft allein durch ihre Anwesenheit bewirken, dass sich die Neonazis nicht mehr hertrauen. Man muss ihnen einfach zeigen: Wir wissen, dass ihr in der geistigen Verantwortung des Massenmords steht.

Die Thüringer CDU-Fraktion hat sich an der Boulevardkampagne gegen vermeintliche Thüringer Polit-Touristen, gemeint waren Thüringer SPD-Minister - beteiligt. Die CDU hat dafür aber auf ihrer Facebookseite vor allem auch Unverständnis kassiert...

Das werde ich als Eingeständnis des eigenen blamablen Umgangs mit dem Thema. Es handelt sich dabei um jene Tonart, die wir hier in Thüringen lange hatten: Die Gefahr durch Rechts totschweigen - und die unsägliche Gleichsetzung von links und rechts. Es gab hier eine Zeit, als man meinte, die Gegendemonstranten würden den Ruf einer Stadt verschlechtern. Sie sollten lieber wegbleiben... Diese Haltung ist völlig verfehlt. Und außerdem ist das Anreisen von Demonstranten gar nicht nötig, wenn man selbst Präsenz zeigt. Also: Ich wünsche mir, dass die CDU beweist, wie sie mit ihrem Potenzial von Menschen in Crawinkel, in Marlishausen und Fretterode - also an allen Orten in Thüringen, wo es nötig ist - auftritt. Ich nehme von meiner Kritik ausdrücklich die Landtagspräsidentin

und die Ministerpräsidentin aus.

Brauner Ungeist verlässt nicht per Gesetz den Kopf

Auf einem Foto vom 13. Februar 2012 in Dresden hält eine Frau ein Plakat hoch, auf dem steht: Nazis raus - aber wohin? Die Frage bewegt viele. Wohin also?

Klar. Die Frage signalisiert, dass braunes Gedankengut, brauner Ungeist nicht durch Gesetze verboten und aus dem Kopf geholt werden kann. Man kann Täter einsperren. Aber man kann nur schwer geistige Brandstifter einsperren.

Die Frage nach dem Wohin mit ihnen ist also nur dadurch zu beantworten, dass zivilgesellschaftliches Engagement alle umfasst - und zwar gegen jede Form von Antisemitismus, Islamophobie, Antiziganismus und weitere Formen der Menschenfeindlichkeit. Es muss klar sein, dass der Nachbar zu dem, der hetzt, sagt: Nicht der Fremde oder das Fremde ist schuldig. Sondern das Problem ist: Warum ist das fremd für dich? Wir reden also über die große Form des Humanismus.

Viele denken ja, das Problem wäre gelöst oder minimiert, wenn das Demonstrationsrecht in Deutschland ein anderes wäre...

Zunächst: Das Demonstrationsrecht muss aushalten, dass es Gegendemonstranten gibt. Die Frage ist aber, ob Faschismus betrachtet wird als Meinungsäußerung oder ob Faschismus als das betrachtet wird, was es ist: Der Ausdruck des größten Menschheitsverbrechens.

Noch immer geht es ja um die Frage, wie die sächsische Justiz Ihre Beteiligung an der Gegendemo 2010 bewertet. Gibt es da Neues aus Dresden?

Nein, nichts. Ich werde mich aber auch in Zukunft nicht einschüchtern lassen. Wer mich kennt, weiß: Ich lehne Gewalt als Teil einer Demonstrationskultur ab. Gewalt ist immer von Übel und schafft immer nur Gewalt. Ich glaube, wir alle müssen lernen, mit zivilem Ungehorsam umzugehen. Das heißt für mich: Ich muss die Konsequenz tragen. Auch wenn ich die Anwürfe, die mir gemacht werden, absurd finde. Es gibt noch nicht einmal einen konkreten Vorhalt gegen mich. Es wird abstrakt gesagt, ich hätte die Meinungsfreiheit der Nazis eingeschränkt. Es stimmt, dass ich das vorhatte. Aber es kam gar nicht dazu dort, wo ich war. Ich habe noch nicht einmal blockiert.

Was wäre das Schlimmste mit Blick auf die braunen Aufmärsche?

Das Schlimmste wäre, wenn die Angst um sich greift und niemand mehr das Herz hat, Gesicht zu zeigen. Dann ist die Demokratie tief von innen bedroht.

<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Demo-gegen-Rechts-Ramelow-hofft-auf-breite-Buergerbeteiligung-1820662346>
